



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Frau Käsbach

Telefon: (0221) 29259

Fax: (0221)

E-Mail: renae.kaesbach@stadt-koeln.de

Datum: 22.07.2021

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 19.04.2021, 15:00 Uhr bis 17:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Bärbel Hölzing	Grüne
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Frau Mechthild Böll	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Maria Helmig	SPD
Herr Oliver Seeck	SPD
Frau Constanze Aengenvoort	CDU
Frau Anneliese Hauser	Auf Vorschlag der CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP
Frau Andrea Browsers	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Frau Ilka Schänke	Auf Vorschlag der AfD
Herr Dr. John Akude	KLIMA FREUNDE
Frau Birgit Beate Dickas	Die PARTEI ab 15.20
Herr Thomas Glowacki	auf Vorlag der Grünen
Frau Lea Lohove	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Anette Weber	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Andre Burghardt	Auf Vorschlag der SPD
Frau Heidi Irlenbusch	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Marius Rohde	Auf Vorschlag der CDU
Frau Simone Schäfer	Auf Vorschlag der CDU

Frau Dr. Carolin Butterwegge	DIE LINKE
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP-Fraktion
Herr Gerhard Jansen	Stadtschulpflegschaft
Frau Xueling Zhou	Bezirksschülerinnenvertreterin
Frau Gönül Topuz	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Wolfgang Hülsmann	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender bis 17.05

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Andreas Albrecht	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik
Frau Ulrike Müller-Harth	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
----------------------------------	-------

Beratende Mitglieder

Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dr. Klaus Zimmermann	Auf Vorschlag der CDU
Herr Paul Gottschalk	Auf Vorschlag von Volt
Frau Aline Raab-Damaske	Auf Vorschlag von GUT
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Frau Christina Zimmermann	Katholische Kirche
Frau Stephanie Stangier	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik
Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertreterin der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Frau Carmen Schmitt	Evangelische Kirche
Herr Musa Yüceel	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Bodo Busch	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertreter der Stadt Köln

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben begrüßt alle Anwesenden, verweist auf die bereits bekannt gegebenen Hinweise und fordert pandemiekonformes Verhalten ein, um die Sitzungsdauer so kurz wie möglich zu halten.

Er teilt mit und lässt darüber abstimmen, dass der WDR für 15 – 30 Minuten die Sitzung des Ausschuss für Schule und Weiterbildung aufnehmen wird.

Die Verwaltung schlägt vor, die Anträge unter TOP 2.3 und 2.4, die Beantwortung unter TOP 3.1.5 – 3.2.7, die Mitteilungen unter TOP 5.6 – 5.8, die mündlichen Anfragen unter TOP 6.1 – 6.4 und im nichtöffentlichen Teil den Antrag unter TOP 10.1 aufzunehmen.

Herr Dr. Schlieben erläutert weiterhin kurz das Verfahren zur Sitzungskürzung.

Der Ausschuss beschließt die so geänderte Tagesordnung einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Aktuelle Stunde: geändertes Gymnasialanmeldeverfahren – Abschaffung des Zweitwunsches
AN/0630/2021

2.2 Schulplätze an den Gymnasien sichern – schnelle Lösungen für das diesjährige Anmeldeverfahren an den weiterführenden Schulen finden!
AN/0658/2021

2.3 Fläche der russischen Föderation sichern und für die Gesamtschule Lindenthal entwickeln
AN/0720/2021

2.4 CO2-Messgeräte
AN/0754/2021

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/0358/2021 der Fraktionen Grüne, CDU und Volt zum Thema Sanierung des Hölderlin-Gymnasiums in Köln Mülheim
0827/2021

- 3.1.2 Beantwortung der Anfrage AN/0405/2021 nach der Geschäftsordnung des Rates: Standortfragen an der Elsa-Brandström-Realschule und der Gesamtschule Lindenthal
0909/2021
- 3.1.3 Entzerrung der Schulanfangszeiten (AN/0379/2021)
1115/2021
- 3.1.4 Parkplätze für das Interimsgebäude des Dreikönigsgymnasiums an der Escher Straße - Beantwortung der Anfrage AN/0478/2021 der SPD-Fraktion zur Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft am 08.03.2021, TOP 1.3
0905/2021
- 3.1.5 Geänderte Rechtsgrundlage zur Abwicklung von Geldern für Klassenfahrten gem. § 95 Abs. 3 SchulG NRW
1451/2021
- 3.2 Neue Anfragen
 - 3.2.1 Gebäudezustand Lehrschwimmbecken
AN/0353/2021
 - 3.2.2 Antisemitismus an Schulen
AN/0523/2021
 - 3.2.3 Sachstand KGS Zehnthofstraße
AN/0522/2021
 - 3.2.4 Technik-Support an Schulen
AN/0602/2021
 - 3.2.5 Tablets für alle Schüler*innen sicherstellen!
AN/0732/2021
 - 3.2.6 Luftreiniger in Klassenräumen
AN/0740/2021
 - 3.2.7 Schulessen für B.u.T.-Berechtigte
AN/0749/2021
- 4 Vorlagen der Verwaltung**
 - 4.1 Fachraumerneuerung des naturwissenschaftlichen Bereiches am Schulstandort Dagobertstraße 79, 50668 Köln
3226/2020

4.2 Kölner Lebenslagenbericht
0615/2020

4.3 Neubau einer Zweifachturnhalle an der Kurt-Tucholsky-Hauptschule, Helene-Weber-Platz 3 in 51109 Köln-Neubrück - Planungs- und Baubeschluss
1544/2020

5 Mitteilungen

5.1 Jugendberufsagentur: Aktueller Stand
0585/2021

5.2 Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus
0632/2021

5.3 Generalsanierung der Gemeinschaftsgrundschule Halfengasse 25 in 50739 Köln - Baubeschluss
2966/2020/1

5.4 Jahresbericht 2020 des Amtes für Weiterbildung / Volkshochschule liegt vor
1143/2021

5.5 Amt für Weiterbildung/Volkshochschule Köln: Politische Bildung digital
1116/2021

5.6 ZMI - Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: Kölner Sprachfest 2021 und Publikationen
0963/2021

5.7 31. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
0980/2021

5.8 Anmeldeverfahren an den städtischen Gymnasien zum Schuljahr 2021/22
1379/2021

6 Anfragen

- 6.1 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Zuweisung von Förderschulen an nicht wohnortnahen Schulen
- 6.2 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Familiengrundschulzentrum Meschenich
- 6.3 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Sachstand zur Stelle politische Bildung
- 6.4 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Schulschließungen
- 6.5 Mündliche Anfrage der FDP-Fraktion - Ablehnende Bescheide für das Anmeldeverfahren inkl. Liste freier Plätze
- 6.6 Mündliche Anfrage der FDP-Fraktion - „Nachholen des verpassten Unterrichtsstoffes während der Sommerferien“
- 6.7 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion - Neue Gesamtschule am Standort Kurt-Tucholsky-Schule, Helene-Weber-Platz in Köln-Neubrück anstelle einer Turnhallenplanung?
- 6.8 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Kinderkrankenhaus Pallenbergstraße als vorgezogener Interimsstandort
- 6.9 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion - „Politische Bildung digital“

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

Xueling Zhou, Lea Lohove, Thomas Glowacki, Heidi Irlenbusch, Dagmar Naegele, Paul Gottschalk, Marius Rohde, Wolfgang Hülsmann und Ulrike Müller-Harth wurden als sachkundige Einwohner*innen vereidigt.

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Aktuelle Stunde: geändertes Gymnasialanmeldeverfahren – Abschaffung des Zweitwunsches AN/0630/2021

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben kritisiert sowohl die Bezirksregierung als auch die Verwaltung. Es sei für jedes Kind eine halbwegs akzeptable Lösung zu finden.

Mit Blick auf das kommende Schuljahr 2022/2023 habe das aktuelle Verfahren keinen Bestand mehr. Herr Dr. Schlieben biete der Bezirksregierung und der Schulverwaltung Gespräche zu einem Verfahren an, was die Last nicht einseitig auf die Elternseite verteile, sondern alle Beteiligten in die Pflicht nehme. Dazu gehöre sowohl die Politik als auch die Schulverwaltung. Herr Dr. Schlieben fordert mehr Interims an Gesamtschulen und Gymnasien, nimmt die Schul- und auch die Bauverwaltung gemeinsam in die Pflicht und sagt seine Unterstützung zu, um sich auch gegen den politischen Lobbyismus anderer Bereiche, die im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vertreten seien, zu verteidigen und durchzusetzen.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht die angespannte Situation im Anmeldeverfahren an und schließt sich der Kritik des Vorsitzenden an.

Frau Hölzing bittet um Klarheit über den Sachstand und die Verantwortlichkeiten, möchte Schadensbegrenzung sehen und versuchen, erträgliche Lösungen für Eltern und Kinder zu finden. Sie spricht die fehlenden Schulkapazitäten an und ein daraus einhergehendes beschleunigtes Bauen, das Anmeldeverfahren sei unbefriedigend, es müsse mit allen Beteiligten daran gearbeitet werden, um ein Lösung zu entwickeln, welche den Wünschen der Eltern stärker entgegenkomme und deren Belastung reduziere.

Frau Hölzing plädiert dafür, Container aufzustellen, aber auch unkonventionelle Vorschläge wie z.B. die Nutzung von Büroräumen nicht reflexartig abzulehnen, sondern kreative Nutzungsmöglichkeiten zu finden. Jedes zur Verfügung stehende Grundstück müsse von der Verwaltung zu allererst für Schulbau geprüft werden. Ganz aktuell sei das Kinderkrankenhaus in Weidenpesch zu nennen. Dieses Grundstück könne als Interim für die zu errichtende Gesamtschule Schmiedegasse genutzt werden. Die

Verwaltung solle prüfen, ob dies dem Wohnungsbau zugeführt werden solle oder dort nicht eine andere Nutzung möglich sei.

Herr Seeck, SPD-Fraktion, erläutert, dass der Wechsel während des Verfahrens nicht in Ordnung sei, nun von öffentlichen Verlosungen zu lesen, wäre der Gipfel der Geschmacklosigkeit. Es gebe zu wenig Gymnasial- und Gesamtschulplätze. Er fordert die Stadtspitze, die Oberbürgermeisterin, Bau- und Schuldezernenten, aber auch die Bezirksregierung dazu auf, eine Task Force zu bilden, um noch kurzfristig Lösungen zu finden.

Frau Aengenvoort, CDU-Fraktion, teilt mit, dass man die Themen betreffend des Verfahrens, der Schulplätze sowie der Zusammenarbeit betrachten müsse.

Im laufenden Prozess die Regeln des Verfahrens zu ändern, Sorge für Vertrauensbruch und untergrabe die Glaubwürdigkeit. Es müsse ein anderes rechtssicheres Verfahren entwickelt werden, das Transparenz biete. Bezüglich der wenigen Schulplätze müsse man Kompromisse eingehen. Zur Zusammenarbeit führt sie aus, dass in dem Verfahren die Bezirksregierung und die Schulverwaltung beteiligt gewesen seien. Sie erläutert, dass ebenfalls die Politik beteiligt, zumindest jedoch informiert werden müsse.

Herr Kockerbeck, die Fraktion Die Linke, führt aus, dass eine Änderung des Verfahrens im laufenden Prozess unglücklich gewesen sei und Rat, Schulausschuss und die Politik nicht einbezogen gewesen seien. Diese Entscheidung sei jedoch eine Folge der Haltung der Bezirksregierung gewesen und erläutert, dass die Bezirksregierung die Stadtverwaltung unterstützen solle. Herr Kockerbeck begrüße den Beschluss von unkonventionellen Notmaßnahmen oder ein Prüfen dieser Maßnahmen durch die Verwaltung. Er erwähnt, dass die Frage der Schule an der Fitz-Maurice-Straße noch nicht geklärt sei. Es wäre dringend nötig, Schulbauten im Interimsverfahren vorzuziehen.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, erläutert, dass noch massiv Plätze an Gymnasien fehlen würden und verdeutlicht, dass Real- sowie Hauptschulen in den letzten Jahren kaum beachtet wurden.

Frau Ruffen kritisiert die Verwaltung betreffend Änderung des Verfahrens, dies sei nur auf ihre Initiative hin geschehen. Sie möchte offen geklärt haben, wie diese Änderung zustande gekommen sei. Frau Ruffen erwarte eine individuelle, persönliche sowie ansprechende Betreuung jedes einzelnen Kindes und jeder Familie bis zum Finden eines Schulplatzes an einer weiterführenden Schule.

Frau Browsers, Volt, stimmt Frau Ruffen zu und erwähnt, dass eine Vergrößerung von Klassen keine Lösung sein könne.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben dankt allen Fraktionen für die deutlichen und konstruktiven Beiträge und bittet um Darstellung aus Sicht der Verwaltung.

Herr Beigeordneter Voigtsberger, Verwaltung, betont, dass auskömmlich Schulplätze benötigt würden und dies immer wieder transparent gemacht werde. Dazu werde er alle Verantwortlichen in die Pflicht nehmen. Die Verwaltung wolle den berechtigten Wünschen von Eltern nach Schulplätzen nachkommen und werde nur dann in der Lage sein, den Herausforderungen der Schaffung von Schulplätzen Rechnung zu tragen, wenn alle gemeinsam an Lösungen arbeiten. Die Verwaltung brauche die Unterstützung aller in dieser Sache, die der Politik, der Wirtschaft, der Eigentümer*innen von Flächen und Immobilien, ebenso wie die Unterstützung des Landes NRW, der Bezirksregierung und auch der Schulen selbst. Der Schulbau müsse oberste Priorität in der Stadt Köln haben. Man brauche ein stadtweites Bewusstsein trotz Wohnungs-

not und gewünschtem Wachstum der Wirtschaft, Flächen und Räume mit absolutem Vorrang für Schulen zur Verfügung zu stellen. Man brauche vorgezogene Interimstarts, die Nutzung von Büroimmobilien sowie Lösungen für das schnellere Bauen, auch mit Hilfe einer Schulbaugesellschaft. Auch die Interimnutzung von Grünflächen dürfe kein Tabuthema sein. Herr Beigeordneter Voigtsberger betont, dass ihm die Kinder und Jugendlichen sowie die Familien sehr am Herzen lägen. Er setze sich mit all seiner Kraft für das Ziel ein, dass die Bildungsangebote in Köln dem Bedarf und den Wünschen entsprechen. Herr Beigeordneter Voigtsberger habe sich dafür eingesetzt, eine auskömmliche Anzahl an Gymnasialplätzen zu erzielen. Dafür werde man neun Mehrklassen schaffen. Herr Beigeordneter Voigtsberger wisse, welche Belastung das für die betreffenden Schulen darstelle und auch, dass die Bezirksregierung dies hätte ablehnen können. Er möchte sich dafür bei der Bezirksregierung und den Schulleitungen ganz herzlich bedanken. Auch mit Blick auf 2026/2027, d. h. der Wechsel G8/G9, müsse das gemeinsame Ziel sein, diese Mehrklassen schnellstmöglich wieder abzubauen.

Bezüglich der neuen Handhabung im Anmeldeverfahren führt Herr Beigeordneter Voigtsberger aus, dass zurzeit der Mangel verwaltet werde. Es werde grundsätzlich keine Änderung des Anmeldeverfahrens vollzogen. An der gesetzlichen Regelung, dass die Schule selbst die Entscheidung im Anmeldeverfahren trafen, die Kriterien auf Basis des Kriterienkataloges, habe sich nichts geändert.

Was angepasst wurde sei die Handhabung. Über die, wenn die Ablehnung auf Basis des Erstwunsches bekannt sei, die Verteilung der verbleibenden Schüler*innen auf noch freie Plätze an Gymnasien erfolge. Auch wenn der Zeitpunkt der veränderten Handhabung so kurzfristig gewesen sei, habe Herr Beigeordneter Voigtsberger Verständnis dafür, dass auch die Bezirksregierung, die bisherige freiwillige Organisation, aufgrund der hohen Anmeldungen nicht mehr gewährleisten konnte. Der entscheidende Punkt sei jedoch gewesen, dass die Fortsetzung der bisherigen Handhabung mit Blick auf die vielen Klagen aus den letzten Jahren nicht mehr rechtssicher gewesen sei.

Herr Beigeordneter Voigtsberger bedauert das Versäumnis, nicht die schulpolitischen Sprecher*innen sowie die Stadtschulpflegschaft vor der Veröffentlichung informiert zu haben und bittet dafür in dieser Sitzung ausdrücklich um Entschuldigung. Damit sich dieses nicht wiederhole, werde der Austausch mit den schulpolitischen Sprecher*innen und der Stadtschulpflegschaft auch außerhalb der Sitzungsfolgen intensiviert. Fachlich inhaltlich sei die neue Handhabung im Anmeldeverfahren transparenter und zielgerichteter.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben bedankt sich für die Ausführung und macht den Vorschlag, den TOP 5.8 „Anmeldeverfahren an den städtischen Gymnasien zum Schuljahr 2021/22“ vorzuziehen und zu besprechen.

Resolution:

1. Da das bisher praktizierte und beschlossene Anmeldeverfahren von der Bezirksregierung abgelehnt wird und das jetzt von der Verwaltung durchgeführte Verfahren unbefriedigend ist, soll rechtzeitig mit Politik und Verwaltung – in Abstimmung mit der Bezirksregierung – ein geeignetes Verfahren entwickelt werden, das die Wünsche der Eltern stärker berücksichtigt und ihre Belastungen reduziert werden.
2. Da die Gründe für die Ablehnung ihre Ursache in den fehlenden Schulplatzkapazitäten haben, beauftragen wir die Verwaltung, alle möglichen Maßnahmen zu prüfen, um bereits für das nächste Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2022/2023 spürbare Verbesserungen vorzunehmen. Dabei sollen alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden und auch folgende konkreten Prüfungen und Maßnahmen mit durchgeführt werden.

- Da zu erwarten ist, dass auch über Corona hinaus das Angebot der Stadtverwaltung für Home-Office ausgeweitet wird, ist zu prüfen, welche von der Stadt bzw. den städtischen Tochtergesellschaften genutzten Bürogebäude (eigene bzw. angemietete) für schulische Zwecke genutzt werden können, die fußläufig zu erreichen sind. Die Suche und Prüfung soll sich auch auf externe Gebäude beziehen. In jedem Fall wird die Verwaltung beauftragt, vor einer Prüfung, ob sich städtische oder stadtnahe Gebäude zur Umwandlung für Wohnungen eignen, zu prüfen, ob sie für schulische Nutzung verwendet und ggfls. umgebaut werden können.
- Prüfung sämtlicher weiterführender Schulen auf die Möglichkeit, durch bauliche Ergänzungen z.B. im Bereich Fachräume oder Sporthallen eine Zügigkeitserweiterung zu realisieren.
- Leerstands-Reserven auf minder- oder ungenutzten Schulgrundstücken (z.B. Berliner Straße 36 in Porz oder Holzheimer Weg in Worringen, etc.) temporär als Ausweichquartiere für benachbarte weiterführende Schulen oder für die Aufstellung von Interimbauten (Containerklassen) zu nutzen.
- Anmietung von Containern für den Schulunterricht und sowie die Anschaffung von naturwissenschaftlichen und anderen Fachcontainern, damit vor Beginn des Anmeldeverfahrens für das Schuljahr 2022/23 klar ist, welche Kapazitäten zur Verfügung stehen. Dazu sind Aufstellflächen an Schulen oder auf benachbarten Grundstücken ausfindig zu machen ggf. auch anzumieten.

Beschluss:

Nach Abschluss der Debatte wird die Angelegenheit mit der oben stehenden Resolution nach § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretung zu weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

2.2 Schulplätze an den Gymnasien sichern – schnelle Lösungen für das diesjährige Anmeldeverfahren an den weiterführenden Schulen finden! AN/0658/2021

Herr Seeck, SPD-Fraktion, führt aus, dass er schnelle und unkonventionelle Lösungen möchte und benennt die Fachcontainer, die eingerichtet würden, die temporäre Nutzung von Freiflächen sowie die 3. Containerwelle und die Berliner Straße. Er fordere den genannten Punkt der Resolution konkret ein.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, schlägt vor, an allen Schulstandorten vorgezogene Interims zu versuchen und spricht sich gegen die Errichtung von Fachcontainern auf Grünflächen aus.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, erläutert, dass ein stadtweites und großräumiges Problem mit Schulbau bestehe und Grünanlagen lediglich als Zwischenlösung zu nutzen seien.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben stellt klar, dass nur noch über die beiden ersten Punkte des Antrags AN/0658/2021 getrennt abgestimmt werden müsse, da die anderen beiden Punkte in der Resolution enthalten seien.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet darum, einen Änderungsantrag zu dem zweiten Punkt zu stellen, dass alle gefassten Beschlüssen zu Schulstandorten als vorgezogene Interims an den Start gehen.

Die Punkte 3 und 4 sind in der Resolution (TO 2.1) enthalten. Daher wird nun über die Punkte 1 und 2 getrennt abgestimmt.

Punkt 1:

Die Verwaltung wird beauftragt, den zu erwartenden Engpässen bei der Belegung von Fachräumen mit der Errichtung von naturwissenschaftlichen Fachcontainern auf Schulhofflächen oder benachbarten Freiflächen – notfalls auch auf Grünflächen – entgegenzuwirken.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke, bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Mündlich geänderter Punkt 2:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu allen gefassten Beschlüssen für Schulstandorte die Interims umgehend in die Tat umzusetzen und als vorgezogene Interims an den Start gehen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Geänderter Gesamtbeschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- zu allen gefassten Beschlüssen für Schulstandorte die Interims umgehend in die Tat umzusetzen und als vorgezogene Interims an den Start gehen zu lassen.
- Die Verwaltung wird beauftragt darzulegen, ob die als „3.Containerwelle für die Jahre 2019 bis 2021“ (1849/2018 und 2275/2018) angekündigte Errichtung von insgesamt 38 Klassenräumen, 4 Mehrzweckräumen und 7 Naturwissenschaftsräumen an den Gymnasien Biggestr. 2, Rochusstr. 147, Hartgenbuscher Kirchweg 100 sowie an der Gesamtschule Stresemannstr. 36 in - 2 - zwischen erledigt ist und diese für die Beschulung der nun im Anmeldeverfahren befindlichen Schüler*innen zur Verfügung stehen. - Wenn nicht, wird um Darlegung der Gründe gebeten.
- Leerstands-Reserven auf minder- oder ungenutzten Schulgrundstücken (z.B. Berliner Str. 36, Porz-Westhoven, oder Holzheimer Weg, Worringen etc) temporär als Ausweichquartiere für benachbarte weiterführende Schulen oder für die Aufstellung von Interimsbauten (Containerklassen) zu nutzen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**2.3 Fläche der russischen Föderation sichern und für die Gesamtschule Lindenthal entwickeln
AN/0720/2021**

Herr Seeck, FDP-Fraktion, möchte die Chance nutzen, das Grundstück der russischen Föderation zum Bau der Gesamtschule Lindenthal zu sichern und zu entwickeln.

Frau Aengenvoort, CDU-Fraktion, Frau Ruffen, FDP-Fraktion sowie Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, teilen mit, dass sie diesen Antrag unterstützen werden.

Herr Gräbener, Verwaltung, führt aus, dass bereits im Jahre 2018 bezüglich des Erwerbs ein Antrag an die Gebäudewirtschaft gestellt wurde. Nach der öffentlichen Bekanntgabe durch die Medien werde sowohl durch die Verwaltung als auch die Gebäudewirtschaft versucht, dieses Grundstück zu erwerben.

Herr Beigeordneter Voigtsberger, Verwaltung, erläutert, dass aufgrund dieser Meldung seitens der Schulverwaltung das Interesse an diesem Grundstück nach wie vor bestehe und erneut an die Gebäudewirtschaft mitgeteilt wurde. Dies sei von der Gebäudewirtschaft schriftlich bekundet worden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, das (vormals) im Eigentum der russischen Föderation befindliche Grundstück in Köln-Sülz, Friedrich-Engels-Straße, zu sichern und für eine Bebauung zum Zwecke der Gesamtschule Lindenthal zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

2.4 CO2-Messgeräte AN/0754/2021

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, erläutert, dass die Begründung zum Thema Lüften bereits mit in dem Antrag aufgenommen worden sei. Es wäre ein sinnvoller Beitrag, wenn Schulen, Lehrer*innen oder auch Schüler*innen die Gewissheit bekämen, wann Lüftung Sinn mache. Nach Meinung von Frau Ruffen gebe es hier nichts mehr zu prüfen, die Schulverwaltung habe bereits über die Gebäudewirtschaft 300 Geräte angeschafft und an die Schulen verteilt. Dies würde ein Gerät pro Schule darstellen. Ein Prüfauftrag werde diesen Antrag blockieren. Frau Ruffen bittet, diesen Antrag zu unterstützen.

Herr Kockerbeck, Fraktion die Linke, erwähnt, dass es zahlreiche Kommunen gebe, in denen die CO2-Ampeln schon üblich seien, was jedoch nur eine Notlösung darstelle. Mit dem Passivhausstandard, der für bessere Luftqualität Sorge, habe Köln eine gute Lösung gefunden. Da die meisten Schulen jedoch nach alten Standards gebaut seien und keine mechanische Belüftungsanlage hätten, sei dies – nicht nur zu Pandemiezeiten - eine wichtige Ergänzung.

Herr Seeck, SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass die CO2-Messgeräte auch eine Wirkung nach Corona hätten.

Herr Jansen, Stadtschulpflegschaft, erläutert, dass die Kölner Eltern die CO2-Messgeräte auch gerne in den Klassen begrüßen würden. Das Lüften in den Klassenräumen werde nicht oder nicht ausreichend durchgeführt. Daher sei eine CO2-Ampel in jedem Raum notwendig.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erläutert, dass sie diesen Antrag aufgrund der allgemeinen Formulierungen gerne in einen Prüfauftrag umwandeln würde. Bei positiver Prüfung würde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag ergänzen, dass sofort mit der Umsetzung begonnen werden solle.

Frau Aengenvoort, CDU-Fraktion, teilt mit, dass sie sich dem Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anschließen würde.

Frau Ritter, Verwaltung, erläutert, dass die CO2-Messgeräte beschafft wurden, um die Handlungssicherheit in den Schulen zu unterstützen. Mit den Schulleitungen wäre eine Umfrage initiiert worden, inwieweit dies als Unterstützung gesehen werde. Die Rückmeldungen seien unterschiedlich gewesen. Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung eine Vorlage für den Krisenstab vorbereitet, dies als ein Angebot für Schule zu formulieren, weil die Erfahrungen mit dem Einsatz der Geräte in den Schulen unterschiedlich seien.

Herr Gräbener, Verwaltung, ergänzt, dass betreffend des Handlings zuerst je ein Gerät an die Schulen vergeben wurde, um anschließend die Erfahrungen abzufragen. Der Umgang mit den Geräten sei unproblematisch, doch die Rückmeldungen sehr unterschiedlich gewesen. Überwiegend hätten die Schulen zurückgemeldet, dass die Notwendigkeit der Geräte nicht in allen Klassen gegeben sei, da sich die Lüftungstaktung und somit das Lüftungsverhalten in vielen Unterrichtsszenarien zu einem Automatismus entwickelt habe.

Herr Gräbener erläutert, dass für 138.000 Schüler geteilt durch 25 Kinder/Klasse im Schnitt ca. 5.500 Geräte benötigt würden. Ein Gerät koste 120 Euro, somit würde ein Betrag von über 660.000 Euro entstehen.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, erläutert, dass den Schulen mitgeteilt werden solle, 20 Minuten seien nicht das Maß aller Dinge, da viele verschiedene Faktoren von dem Lüftungsverhalten abhängig seien. Frau Ruffen erklärt, dass sie damit einverstanden sei, den Antrag dahingehend umzuformulieren, dass die Schulen, die das Angebot möchten, ein solches Gerät auch erhielten, dann jedoch auch mit der nötigen Aufklärung über sinnvolles Lüften.

Herr Jansen, Stadtschulpflegschaft, bezieht sich auf die Aussage von Herrn Gräbener und erläutert, dass, wenn die Schule nur ein Gerät habe, dieses nicht genutzt würde. Im Lehrerzimmer mache das Gerät keinen Sinn, da die Lehrer*innen überwiegend in den Klassen seien.

Herr Beigeordneter Voigtsberger, Verwaltung, teilt mit, dass die Verwaltung dem Krisenstab den Vorschlag mache, jede Schule mit einem Gerät auszurüsten, die ein solches haben möchte und weiterhin überprüfe, wie die aktuelle Bedarfslage vor Ort sei. Darüber hinaus bestehe für die Schulen seit Anfang an eine gute Aufklärung über ordentliches Lüften.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt den Vorschlag der Verwaltung und ist der Meinung, dass dieses Vorgehen einer Prüfung gleichkäme. Frau Hölzing könne sich diesem Vorschlag anschließen und formuliert den Antrag in einen gemeinsamen Änderungsantrag entsprechend um.

Nach Diskussion im Gremium wird der vorliegende Antrag mündlich geändert.

Geänderter Beschluss:

Der Empfehlung der Verwaltung wird dahingehend gefolgt, dass den Schulen, die den Einsatz von mobilen CO₂-Messgeräten bereits geprüft und der Verwaltung eine positive Rückmeldung gegeben haben, ein Angebot über den Krisenstab der Stadt Köln unterbreitet wird, die CO₂-Messgeräte in einem freiwilligen Umfang für sich zu nutzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/0358/2021 der Fraktionen Grüne, CDU und Volt zum Thema Sanierung des Hölderlin-Gymnasiums in Köln Mülheim 0827/2021

Herr Beigeordneter Voigtsberger, Verwaltung, erklärt, dass mit Blick auf die momentane Pandemiesituation die weiteren Beantwortungen in schriftlicher Form erfolgen würden.

Herr Derichsweiler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dankt der Verwaltung für die zügige Beantwortung und bittet zusätzlich darum, die Ergebnisse der Massenstudie und des letzten Workshops dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Verfügung zu stellen.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, spricht die pdf.Datei von Herrn Gräbener an und möchte diese nach Möglichkeit zum nächsten Bauausschuss in der nächsten Woche vorliegen haben. Wenn die Ergebnisse vorliegen, könne man diese auch mitteilen.

Herr Gräbener, Verwaltung, erläutert, dass mit der Erstellung ein externes Büro beauftragt wurde und diese Datei noch nicht vollständig sei. Sobald die Ergebnisse vorliegen, würden diese umgehend zur Verfügung gestellt.

3.1.2 Beantwortung der Anfrage AN/0405/2021 nach der Geschäftsordnung des Rates: Standortfragen an der Elsa-Brandström-Realschule und der Gesamtschule Lindenthal 0909/2021

Herr Seeck, SPD-Fraktion, fragt, wann ein Treffen zustande kommen könne.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben erläutert, dass man im Anschluss an diese Sitzung einen zeitnahen Termin mit der Verwaltung vereinbare, um sich digital zu treffen.

Frau Aengenvoort, CDU-Fraktion, teilt mit, dass die Eltern- und Schülervertreter*innen verschiedene Vorschläge unterbreitet hätten, und wolle sichergehen, dass diese geprüft seien. Weiterhin gebe es den Hinweis, dass der Ausweichstandort baulich hergerichtet werde. Frau Aengenvoort fragt, ob die Verwaltung dies bearbeite.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben teilt mit, dass dies der Fragenkatalog Richtung Gebäudewirtschaft gewesen sei und ein Treffen nur bei vorliegenden Ergebnissen sinnvoll wäre.

Frau Ritter, Verwaltung, erläutert, dass noch nicht alle Fragestellungen innerhalb der jeweiligen Dienststellen abschließend geklärt seien. Daher müsse überlegt werden, ob der Termin trotzdem zeitnah stattfinden oder eine Klärung der Fragestellungen abgewartet werden solle.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben weist darauf hin, dass auch darüber nach der Sitzung gemeinsam gesprochen werden könne.

Herr Dr. Schlieben fragt nach, ob die Verwaltung mit der Beantwortung verdeutliche, dass die letzten drei Realschuljahrgänge nicht an dem Standort verbleiben können.

Frau Ritter, Verwaltung, erklärt, dass zu Beginn des Schuljahres mit allen beteiligten Schulleitungen und der Schulaufsicht intensive Gespräche erfolgt seien, wobei die Verwaltung alle Alternativen geprüft, aufgezeigt und vorgestellt habe. Dabei sei allen Beteiligten deutlich geworden, dass es keine Alternative gebe, die nicht den Erweiterungsbau der Gesamtschule Lindenthal gefährden würde. Das hieße, bei einem Verbleib der Realschule am Standort könne man die Baumaßnahmen für die Gesamtschule Lindenthal nicht wie geplant durchführen. Daher gebe es keine andere Möglichkeit, den Umzug, wie auch politisch beschlossen, durchzuführen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben bezieht sich auf die Ausführung seitens Frau Ritter und erläutert, dass dies auch nochmal im Ausschuss für Schule und Weiterbildung klar gesagt werde. Denn wenn man dieses so zu Kenntnis nehme, stelle sich die Frage, wie man den neuen Standort adäquat herrichte, auch wenn die Eltern damit nicht zufrieden seien.

3.1.3 Entzerrung der Schulanfangszeiten (AN/0379/2021) 1115/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.4 Parkplätze für das Interimsgebäude des Dreikönigsgymnasiums an der Escher Straße - Beantwortung der Anfrage AN/0478/2021 der SPD-Fraktion zur Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft am 08.03.2021, TOP 1.3 0905/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.5 Geänderte Rechtsgrundlage zur Abwicklung von Geldern für Klassenfahrten gem. § 95 Abs. 3 SchulG NRW 1451/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Gebäudezustand Lehrschwimmbecken AN/0353/2021

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

3.2.2 Antisemitismus an Schulen AN/0523/2021

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

3.2.3 Sachstand KGS Zehnthofstraße AN/0522/2021

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, möchte zu dem Sachstand KGS Zehnthofstraße zeitnah eine Antwort haben.

Für die KGS Zehnthofstraße wurden aufgrund des geplanten Abrisses des B-Trakts und des Neubaus Ersatzräume in Form von Containern aufgestellt. Vor diesem Hintergrund bittet die FDP-Fraktion um Beantwortung folgender Fragen:

1. Was ist der aktuelle Sachstand des Bauvorhabens? (Bauzeit, Kosten, Fertigstellung)

2. Welche Kapazitäten bieten die Ersatzräumlichkeiten in den Containerlagern?
3. Inwieweit müssen Schüler der KGS weiterhin an einem anderen Ort (Vietorstraße) unterrichtet werden?

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Der Trakt A der KGS Zehnthofstraße ist nicht mehr nutzbar und soll im Laufe des Jahres 2021, aufgrund seiner Schadstoffbelastung, abgerissen werden.

Die Bauzeit für die Errichtung der Modulbauten in Form von Containern dauerte vom 1. Oktober 2020 bis zum 31. Januar 2021.

Die Baukosten betragen rund 980.000 Euro.

Die Bauten wurden am 4. März 2021 vom Hersteller abgenommen. Die Inbetriebnahme der Modulbauten erfolgt, nach Absprache mit der Schulleitung, erst nach Fertigstellung des Lehrerzimmers und der Räume im E- B- und C-Trakt (s. Frage 2) zu den Sommerferien 2021, da die Kapazitäten des Modulbaus alleine nicht ausreichen, um die Auslagerung der Vietorstraße zu beenden.

Zu.2.

Im Modulbau befinden sich 4 Klassenräume und eine barrierefreie WC-Anlage. Da die 4 Klassenräume alleine nicht ausreichen um die Auslagerung der KGS Zehnthofstraße in der Vietorstraße zu beenden, wurden zwei weitere Unterrichtsräume durch die GGS an die KGS zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug erhält die GGS zwei neu hergerichtete Fachräume im E-Trakt. Weiterhin werden im B-Trakt Klassen und OGS-Räume zu Ganztagsklassen ausgebaut. Mit den genannten Maßnahmen sind die Kapazitäten, zur Durchführung des kompletten Unterrichts für die KGS Zehnthofstraße, ausreichend. Die Umsetzung wird abschließend zum Beginn des neuen Schuljahres 2021/2022 erfolgt sein.

Zu 3. Die Auslagerung in der Vietorstraße wird zum 17.08.2021 beendet (s. Frage 2)

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.2.4 Technik-Support an Schulen AN/0602/2021

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

3.2.5 Tablets für alle Schüler*innen sicherstellen! AN/0732/2021

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

3.2.6 Luftreiniger in Klassenräumen AN/0740/2021

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

3.2.7 Schulessen für B.u.T.-Berechtigte AN/0749/2021

Frau Butterwegge, Fraktion Die Linke, bittet darum, ihre Anfrage aus der letzten Sitzung bei der Beantwortung dieser Anfrage mit zu berücksichtigen.

Frau Ruffen erläutert, dass es genau zu diesem Punkt eine Anfrage im Sozialausschuss gegeben habe. Eventuell könne man dieses bei der Beantwortung hinzuziehen.

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Fachraumerneuerung des naturwissenschaftlichen Bereiches am Schulstandort Dagobertstraße 79, 50668 Köln 3226/2020

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stellt den Bedarf für die Durchführung der Fachraumerneuerung des naturwissenschaftlichen Bereiches am Schulstandort Dagobertstraße 79, 50668 Köln fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der erforderlichen baulichen Maßnahmen sowie Ausstattung und Einrichtung der Räume mit Gesamtkosten in Höhe von rund 757.000 € (investiver Anteil: 80.800 €, konsumtiver Anteil: 676.200 €).
2. Die konsumtiven Bau- und Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 676.200 € (Baukosten 353.000 €, Einrichtungskosten 275.200 € und Ausstattungskosten 48.000 €) sind im Haushaltsjahr 2021 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagt. Die Finanzierung der investiven Kosten für Einrichtung, Ausstattung und Lehrmittel in Höhe von rund 80.800 € (Einrichtungskosten 68.800 € und Ausstattung-/Lehrmittelkosten 12.000 €) erfolgt zum Haushaltsjahr 2021 aus veranschlagten Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben bei Finanzstelle 4011-0301-0-4500 - Einrichtung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.2 Kölner Lebenslagenbericht 0615/2020

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den 1. Kölner Lebenslagenbericht 2020 zur Kenntnis.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung auf Basis der Erkenntnisse des Lebenslagenberichts über Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Lebenslagenbereichen mit der Verstetigung und dem Ausbau einer integrierten, strategischen Sozialplanung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.3 Neubau einer Zweifachturnhalle an der Kurt-Tucholsky-Hauptschule, Helene-Weber-Platz 3 in 51109 Köln-Neubrück - Planungs- und Baubeschluss 1544/2020

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für einen Neubau von zwei gestapelten Einfachturnhallen für die Kurt-Tucholsky-Hauptschule Helene-Weber-Platz 3 in 51109 Köln-Neubrück fest.

Die Gesamtkosten betragen **rund 6,1 Mio. Euro brutto**. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der schnellstmöglichen Umsetzung der Maßnahme durch eine*n Totalunternehmer*in.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises. Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergibt sich eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Reinigung in Höhe von rund 179.000 Euro, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2025 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand finanziert wird.

Mit der Entscheidung für den Neubau sind neben den Kosten für die Errichtung des Neubaus zusätzlich 149.000 Euro an vergeblichen Planungskosten für die nicht mehr verfolgte Generalinstandhaltung verbunden. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

1. Alternative:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für einen Neubau einer Zweifachturnhalle für die Kurt-Tucholsky-Hauptschule Helene-Weber-Platz 3 in 51109 Köln-Neubrück fest. Die Gesamtkosten betragen **rund 8,6 Mio. Euro brutto**. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der schnellstmöglichen Umsetzung der Maßnahme durch eine*n Totalunternehmer*in.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises. Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergibt sich eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Reinigung in Höhe von rund 219.000 Euro, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2025 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand finanziert wird.

Mit der Entscheidung für den Neubau sind neben den Kosten für die Errichtung des Neubaus zusätzlich 149.000 Euro an vergeblichen Planungskosten für die nicht mehr verfolgte Generalinstandhaltung verbunden. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

2. Alternative:

Der Rat der Stadt Köln genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Generalsanierung der Turnhalle für die Kurt-Tucholsky-Hauptschule Helene-Weber-Platz

3 in 51109 Köln-Neubrück fest. Die Gesamtkosten betragen **rund 3,2 Mio. Euro brutto**.

Er stellt den Bedarf für die Generalsanierung der Turnhalle fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Baumaßnahme.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises. Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergibt sich eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Reinigung in Höhe von rund 117.000 Euro, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand finanziert wird.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in nachfolgende Gremien verwiesen

5 Mitteilungen

**5.1 Jugendberufsagentur: Aktueller Stand
0585/2021**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.2 Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus
0632/2021**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.3 Generalsanierung der Gemeinschaftsgrundschule Halfengasse 25 in
50739 Köln - Baubeschluss
2966/2020/1**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.4 Jahresbericht 2020 des Amts für Weiterbildung / Volkshochschule liegt
vor
1143/2021**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.5 Amt für Weiterbildung/Volkshochschule Köln: Politische Bildung digital
1116/2021**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.6 ZMI - Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: Kölner Sprachfest 2021 und Publikationen 0963/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.7 31. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln 0980/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.8 Anmeldeverfahren an den städtischen Gymnasien zum Schuljahr 2021/22 1379/2021

Frau Ritter, Verwaltung, erläutert, dass sie den Unmut nachvollziehen könne, was den Zeitpunkt der Verfahrensänderung im Umgang mit dem Zweitwunsch sowie die fehlende Information und Beteiligung der schulpolitischen Sprecher*innen und der Stadtschulpflegschaft betreffe.

Frau Ritter weist darauf hin, dass alle Abstimmungen mit der Bezirksregierung das Ziel hätten, einen Schulplatz für jedes Kind am Gymnasium zu gewährleisten. Durch die neue schulgesetzliche Grundlage dürfe die Bezirksregierung als obere Schulaufsicht Mehrklassen nur noch genehmigen, wenn die entsprechenden räumlichen Voraussetzungen gegeben seien.

Zu den Zuständigkeiten führt sie aus, dass die Verwaltung als Schulträger Stadt Köln für die organisatorische Gestaltung des Anmeldeverfahrens zuständig sei, was die Benennung von Kapazitäten oder die Zeit- und Terminplanung angehe. Die Verwaltung sei in den vergangenen Jahren in engem Austausch mit der Bezirksregierung und den Schulleitungen gewesen, um dieses Verfahren durchzuführen. Tatsächlich sei die Verteilung der abgelehnten Schüler*innen durch die Schulleitung immer schwieriger geworden. Die Bezirksregierung Köln habe dem Schulträger eine freiwillige Unterstützungsleistung zukommen lassen. Das neue Verfahren ermögliche die Äußerung eines realistischen Zweitwunsches. Dadurch sei seitens der Verwaltung unterschätzt worden, dass die schulpolitischen Sprecher*innen und die Stadtschulpflegschaft sich nicht in ihrer Haltung wiederfinden. Frau Ritter versichert für die Zukunft, dass ein regelmäßiges Austauschverfahren auch mit den schulpolitischen Sprecher*innen und der Stadtschulpflegschaft erfolgen werde.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben nimmt die Aussage von Frau Ritter betreffend des Austauschs auf und bittet die schulpolitischen Sprecher*innen im Anschluss an die Sitzung um Zusammenkunft, mit der Verwaltung einen ersten Gesprächstermin zu vereinbaren.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bekundet, dass ihr nicht bewusst gewesen sei, dass auch die Verwaltung mit drei bis zehn Mehrklassen in der Schwebe hänge. Sie sei davon ausgegangen, man kenne die Zahl der Schüler*innen, die zu weiterführenden Schulen gingen und könne das frühzeitig einschätzen. Frau Hölzing möchte die Undurchsichtigkeit, welche auch auf Verwaltungsseite bestehe, geklärt wissen.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, erwähnt, dass Schulträger anderer Bundesländer Eltern in solchen Situationen einen Erst-, Zweit- und Drittwunsch anbieten und möchte geklärt wissen, ob dies ggf. auch eine Option wäre.

Frau Westphal, FDP-Fraktion, möchte wissen, wann das Gesetz in Bezug auf Mehrklassen erlassen wurde und man nicht seitens des Schulträgers direkt auf die Rechtsunsicherheiten in diesem Gesetz reagiert habe. Weiterhin möchte sie geklärt haben, wie hoch die Zahl der Ablehnungen sei und wie diese Zahl von den Vorjahren abweiche.

Frau Ritter, Verwaltung, führt zu der Anzahl der Gymnasialanmeldungen aus, dass bei allen Daten, die aus den Vorjahren vorlägen, nicht erkennbar gewesen sei, wie viele Eltern ihre Kinder an Gymnasien anmelden würden. Im letzten Schulausschuss sei die Vorlage zum Thema Elternbefragung und –verhalten auf den Weg gebracht worden. Die abschließende Anzahl der Anmeldungen liege erst im Anmeldeverfahren vor.

Die rechtlichen Änderungen des Anmeldeverfahrens hätten Auswirkungen auf die Genehmigungen der Mehrklassen, jedoch nicht auf die Einarbeitung der Schulvorschläge bzw. das Anmeldeverfahren. Im letzten Jahr seien 300 Schüler*innen an Gymnasien abgelehnt worden, in diesem Jahr 400 Schüler*innen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben spricht erneut die Mehrklassenbildung an und erwähnt, dass es sinnvoll sei, das Ergebnis der Öffentlichkeit und ggf. der Politik mitzuteilen.

Frau Ritter, Verwaltung erläutert, dass die Mehrklassengenehmigungen der Bezirksregierung zur Prüfung vorlägen. Die Abstimmungen seien vorgenommen und die Genehmigungen mündlich erteilt worden. Frau Ritter benennt die Schulen, an denen die Mehrklassen gebildet wurden:

- Innenstadt: Thusneldastraße und Vogelsanger Straße, Gymnasium Kreuzgasse
- Lindenthal: Leybergstraße, Hildegard-von-Bingen-Schule
- Ehrenfeld: Ottostraße, Albert-Magnus-Gymnasium
- Nippes: Escher Straße, Dreikönigs-Gymnasium
- Chorweiler: Fühlinger Weg, Heinrich-Mann-Gymnasium
- Porz: Nachtgallenstraße, Maximilian-Kolbe-Gymnasium
- Kalk: Hardtgenbuscher Kirschweg, Heinrich-Heine-Gymnasium
- Mülheim: Düsseldorfer Straße, Rheingymnasium

Herr Seeck, SPD-Fraktion, bittet, dies transparent zu machen und die Eltern enger anzubinden.

Frau Ritter, Verwaltung, erwähnt, dass die Mehrklassen bei der Kapazitätsplanung bereits mit eingebunden seien. Dies sei auf den Ablehnungsschreiben vermerkt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben erläutert, dass die Öffentlichkeit über die Einrichtung von Mehrklassen besser informiert werden solle.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, fragt, ob eine Bilanz des diesjährigen Verfahrens erstellt werde und ob zum Thema Losverfahren eine Erörterung mit den Schulen und evtl. der Bezirksregierung stattfinden könne.

Herr Beigeordneter Voigtsberger, Verwaltung, führt zur Mehrklassenbildung aus, dass in diesem Verfahren geprüft werde, wo nach sächlichen und räumlichen Voraussetzungen Mehrklassen gebildet werden können. Daher sei das Verfahren zur Mehrklassenbildung abgeschlossen. Zum Thema Evaluation merkt er an, dass er transparent machen wolle, wie viele Zweitwünsche erfüllt worden seien.

Frau Ritter, Verwaltung, führt aus, dass die Aufnahmeentscheidungen innerhalb der Schule von der Schulkonferenz getroffen würden.

Herr Dr. Schlieben, Vorsitzender, erläutert, dass dieses Kriterium auch so im Schulgesetz verankert sei.

Herr Beigeordneter Voigtsberger führt aus, dass das Losverfahren kein neues Verfahren, sondern auch in den vergangenen Jahren immer wieder zur Anwendung gekommen sei.

Frau Ritter, Verwaltung, ergänzt, dass auf der Grundlage der geringen Anzahl der Schulplätze für die Schulleitungen dies oft der einzig rechtsichere Weg sei. Wenn die Situation der Schulplätze verbessert würde, hätte dies positive Auswirkungen auf das Anmeldeverfahren.

Frau Westphal, FDP-Fraktion, fragt nach, ob nicht bei der Abfrage sowohl Gesamtschulen als auch Gymnasien berücksichtigt werden könnten. Frau Westphal möchte wissen, mit welcher Zahl die Verwaltung rechne, die übrig bleiben, wo der Zweitwunsch auch nicht passe, und wie man sich die Kommunikation mit den Familien vorstellen könne.

Herr Pfeuffer, Verwaltung, führt aus, dass eine externe Begleitung einer Elternbefragung ausgeschrieben wurde. Geplant sei, die Elternbefragung so aufzulegen, dass die Eltern zum einen gefragt würden, welche Schulformen sie sich wünschen, zum anderen zu den Motiven und Überlegungen, die die Eltern bewegen. Die Verwaltung sei in Kooperation mit der externen Unterstützung und habe alle Freiheiten auf der Grundlage des Konzeptes, welches dargereicht wurde. Durch dieses Konzept solle abgeschätzt werden, auf welcher Grundlage die Eltern ihre Schulwahl begründen.

Frau Ritter, Verwaltung, erläutert, zum Umgang mit den jetzt erneut abgelehnten Schüler*innen, dass für alle Schüler*innen grundsätzlich ein Platz zur Verfügung stehe, aber noch nicht geklärt sei, wie sich die Schüler*innen auf diese 14 Schulen verteilen. Diese Klarheit werde erst am Mittwochmorgen nach Abschluss des Anmeldeverfahrens gegeben sein. Es werde gemeinsam mit der Bezirksregierung beraten, wie mit den weiteren Ablehnungen vorzugehen sei. Frau Ritter versichert, dass die Verwaltung den Eltern bestmögliche Unterstützung zukommen lasse.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Zuweisung von Förderschulen an nicht wohnortnahen Schulen

Es gibt vermehrt Fälle von Förderschülern (nicht Förderschwerpunkt geistige bzw. körperliche und motorische Entwicklung), die keine Schulplätze an wohnortnahen GL Schulen zugewiesen bekommen. Dies scheint insbesondere auf Kinder mit Förderbedarf aus dem rechtsrheinischen Köln zuzutreffen, wo zusätzlich ohnehin auch intersektionale Problemlagen häufiger sein dürften und für die Familien zu weiteren Belastungen führen (höherer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, Armutsverteilung, etc.).

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

- Dem Hörensagen nach betrifft in 2021 dieses Problem 100 Kinder. Wie viele Kinder mit Förderschwerpunkten (hauptsächlich Lernen) bekommen tatsächlich Schulplätze an Schulen des Gemeinsamen Lernens, die nicht wohnortnah sind

bzw. zu denen die Kinder Fahrwege von mehr als 40 bis zu 60 Minuten in Kauf nehmen müssen?

- Folgt die Verwaltung der Verordnungslage, dass man Kindern einen Weg von 90 Minuten zumuten kann auch in diesem Fall, obwohl die betroffenen Kinder dann an diversen GL Schulen vorbeifahren und sich das Problem durch Schaffung weiterer GL Schulplätze an rechtsrheinischen Schulen auflösen ließe?

Falls dies der Fall sein sollte:

- Wie begründet die Verwaltung dieses aus unserer Sicht völlig unangemessene Vorgehen in Bezug auf diese besonders schutzbedürftige Schüler*innengruppe und wie schnell kann hier Abhilfe geschaffen werden?

Wenn dieser Zustand für 2021 nicht mehr abwendbar ist:

- Wie kann die Verwaltung die Schüler*innen und ihre Eltern schnell und unbürokratisch darin unterstützen, geeignete und für die Kinder umsetzbare, individuelle Transportoptionen zu schaffen?
- Welche Beschlüsse zu Erweiterungen, Zusatzklassen o.ä. benötigt die Verwaltung, damit diese Praktik in 2021 letztmalig Anwendung findet?

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

6.2 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Familien-grundschulzentrum Meschenich

Für den Aufbau der Familiengrundschulzentren verstärkt die Stadt Köln die personelle und finanzielle Unterstützung an neun Grundschulen.

So kann die Angebotspalette für Eltern und deren Kinder erweitert werden und die Einbindung in den jeweiligen Stadtteil befördern.

Mit dieser Präventionsarbeit soll verhindert werden, dass mögliche Förderung von Kindern ausbleibt und sie abrutschen.

Dazu gehört auch die Schule IM Süden in Meschenich.

Um die zentrale Aufgabe der Elternarbeit in diesem Stadtteil ab dem kommenden Schuljahr anzubieten und wahrnehmen zu können fehlen Räume.

Nach Aussage der BV Rodenkirchen fehlen drei bis vier Container für die Beratungs- und Schulungsarbeit.

Als Aufstellfläche für die Container könnte eine Fläche hinter der Schule genutzt werden, die städtischer Grund ist.

Wie kann die Aufnahme dieser wichtigen Präventionsarbeit ab dem kommenden Schuljahr sichergestellt werden?

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

6.3 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Sachstand zur Stelle politische Bildung

Im vergangenen Haushalt wurde eine Stelle für politische Bildung beschlossen.

Wir bitten um eine Information/Sachstand dazu.

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

6.4 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Schulschließungen

Vor dem Hintergrund einer Inzidenzzahl für die Stadt Köln, welche sich sehr stark in Richtung 200 bewegt, stelle ich die Frage, ob die Schulträgerin Schulschließungen zumindest prioritär Berufsschulen ins Auge fasst.

Begründung: An vielen Berufsschulen treffen sehr unterschiedliche Berufe aufeinander, die sonst im Alltag wenig miteinander zu tun haben. Dort entstehen Kontakte, die es sonst nicht geben würde, denn anders als an allgemeinbindenden Schulen, die meist in einem Stadtteil verankert sind, werden Berufsschulen von Personen aus einem deutlich größeren Einzugsgebiet besucht. In den Fachklassen des dualen Systems pendeln Schüler*innen aus den umliegenden Kreisen und Regionen an die Berufsschulen in Köln, teils in Fahrgemeinschaften. Dabei handelt es sich um Jugendliche bzw. um junge Erwachsene, unter denen die Ansteckungsraten besonders hoch sind.

In Anbetracht der Empfehlung, Arbeitnehmer*innen möglichst und verstärkt Homeoffice zu ermöglichen, nehmen viele Betriebe diese Empfehlung bei ihren Auszubildenden auch wahr und sehen im Präsenzunterricht der Berufsschule diese Entscheidung für das Homeoffice konterkariert.

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

6.5 Mündliche Anfrage der FDP-Fraktion - Ablehnende Bescheide für das Anmeldeverfahren inkl. Liste freier Plätze

Stimmt es, dass die ablehnenden Bescheide für das Anmeldeverfahren an den weiterführenden Schulen inkl. der Liste der freien Plätze in Porz im Bezirksamt liegen geblieben sind und den Eltern erst nach Beginn der Rückmeldefrist zugestellt wurden? Und wissen Sie noch von weiteren Fällen auf Kölner Stadtgebiet?

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

6.6 Mündliche Anfrage der FDP-Fraktion - „Nachholen des verpassten Unterrichtsstoffes während der Sommerferien“

Was plant die Verwaltung bisher zum Thema „Nachholen des verpassten Unterrichtsstoffes während der Sommerferien“ vor allem in Bezug auf die von der Landesregierung bereit gestellten Mittel („Extra-Zeit-zum-Lernen“)?

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

6.7 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion - Neue Gesamtschule am Standort Kurt-Tucholsky-Schule, Helene-Weber-Platz in Köln-Neubrück anstelle einer Turnhallenplanung?

Die Verwaltung schlägt unter TOP 4.3 verschiedene Alternativen vor, um am Standort der Hauptschule Helene-Weber-Platz eine Freifläche von bis zu 3.600 m² mit zusätzlichen Turnhallen zu bebauen.

Zeitgleich wird berichtet, dass im diesjährigen Anmeldeverfahren zu den weiterführenden Schulen lediglich 300 (? verifizieren...) Anmeldungen für die Hauptschulen stadtweit erfolgt sind.

Vor diesem Hintergrund bittet die SPD-Fraktion um Information zu folgenden Fragen:

1. Lassen die Schülerzahlen an der Kurt-Tucholsky-Schule einen Fortbestand dieser Hauptschule weiterhin zu, so dass eine umfangreiche Neugestaltung der Sportan-

lagen auf rd. 3.600 m² Freifläche ohne jeden Zugewinn an Schulplätzen gerechtfertigt ist?

2. Zeichnet sich nach Ablauf des diesjährigen Anmeldeverfahrens eine Möglichkeit ab, die Maßnahme M 101 der im letzten Jahr veröffentlichten Schulentwicklungsplanung konkret zu verfolgen, die den Standort Helene-Weber-Platz zusammen mit dem Standort Falckensteinstraße in Kalk als Planungsoption für eine neue Gesamtschule betrachtet?

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

6.8 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Kinderkrankenhaus Pallenbergstraße als vorgezogener Interimsstandort

Kann Gebäude/Grundstück Kinderkrankenhaus Pallenbergstraße als vorgezogener Interimsstandort der geplanten Gesamtschule Schmiedegasse genutzt werden?

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

6.9 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion - „Politische Bildung digital“

Die anhaltende Pandemie verhindert nicht nur gesellschaftspolitische Zusammenkünfte, sie hinterlässt vor allem im Bereich der Bildungsbiografien lebenslangen Lernens riesige Lücken.

Dies ist insbesondere als Tragik für politische Bildung zu sehen, da diese doch gerade in Zeiten verschärfter und zunehmend von Desinformation durchdrungener Debatten nötiger denn je ist.

Die Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung erfüllen eine unverzichtbare Aufgabe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der gerade jetzt gefordert ist. Unsere Volkshochschulen spielen hier als kommunal verankerte Akteure eine wichtige Rolle.

In diesem Kontext zeigt die Mitteilung der Verwaltung sehr begrüßenswert, wie hybride Formate /neue Konzeptionen ihren Weg in die herrschende Lehr- und Diskussionskultur politischer Bildungsangebote finden können.

Zwei Fragen ergeben sich aus unserer Sicht:

1. In Ihrer Mitteilung wird darauf verwiesen, dass die Aufzeichnung der Diskussionen auf YouTube verfügbar sein soll. Wie steht es jedoch um die aktive, digitale Teilnahme an den Live-Diskussionen? Das bisherige Angebot scheint bisher nur über Facebook-Kanäle zu laufen, die natürlich datenschutzrechtlich mitunter problematisch und in der Regel auch mit einem Account verbunden sind.

Welche anderen Plattformen werden genutzt/ sind in Planung und gibt es hier auch barrierefreie Angebote in leichter Sprache?

2. Unsere zweite Frage betrifft die erwähnten Interruptionen in fast durchweg allen Lernbiografien. Inwieweit sind außenplanmäßige digitale Ferienangebote politischer Bildung der VHS in digitaler oder hybrider Form über die verschiedenen Zielgruppen hinweg in Planung?

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

7 Verschiedenes

Köln, 22.07.2021

gez. Dr. Nils Helge Schlieben
(Vorsitzender)

gez. Renate Käsbach
(Schriftführerin)